

1 Äthiopische und eritreische Truppen im Tigray	14 Die neutralen Staaten im Sicherheitsrat
4 Eritrea-Aufruf: «Ohne dabei das Gesicht zu verlieren»	16 Friedensbedrohende Wirkung der Klimakrise
6 Völkermord: Kein Ende der Straflosigkeit	26 Die UNO-Resolution 2250 zu Kindern im Krieg
10 Teil 4 der Serie zur Sicherheitsratskandidatur	28 Syrien: Rekrutierung von Minderjährigen

Aufruf von EritreerInnen in der Schweiz zum Krieg im äthiopischen Tigray-Gebiet

Der Krieg in Tigray – eine Chronik

Anfang November 2020 eskalierte der Konflikt in der äthiopischen Provinz Tigray. Die äthiopische Regierung unter Ministerpräsident Abiy Ahmed startete eine Militäroffensive gegen die Provinz, nachdem die dort regierende TPLF eine Wahl durchführte und eine militärische Eskalation vorantrieb. Anfang Dezember erklärte Abiy Ahmed das Ende des Krieges. Tatsächlich wird der Krieg jedoch fortgeführt. EritreerInnen in der Schweiz protestieren nicht nur gegen den Einsatz eritreischer Truppen im Nachbarland, sondern halten jetzt den Zeitpunkt für gekommen, um den Aufenthalt von Geflüchteten aus Äthiopien und Eritrea in unserem Land endlich zu regularisieren.

/ Eritreischer Medienbund Schweiz /

Am 4. November 2020 ist der lang schwelende Konflikt zwischen der äthiopischen Zentralregierung unter Premierminister Abiy Ahmed und der bis zu dessen Machtantritt im April 2018 dominierenden Tigray People's Liberation Front (TPLF) militärisch eskaliert. Seitdem bekämpfen sich im Norden des Landes die Truppen der Zentralregierung und die TPLF-Milizen. Gefährlich und unberechenbar macht den Konflikt die Tatsache, dass nicht nur 100'000 eritreische Geflüchtete, die im Tigray-Gebiet in UNHCR-Lagern Zuflucht gesucht haben,

zwischen die Fronten geraten sind, sondern dass Premierminister Abiy Ahmed zur Bekämpfung der TPLF-Milizen offenkundig auch auf deren alten Erbfeind, Eritreas Machthaber Isaias Afewerki, setzt.

So griffen äthiopische Truppen die TPLF-Milizen nicht nur vom Gebiet des eigentlich unabhängigen Eritreas aus an. Eritreische Streitkräfte befinden sich auch in Tigray, wo sie für Morde und Plünderungen an der Zivilbevölkerung, aber auch für Entführungen eritreischer Landsleute aus den UNHCR-Lagern verantwortlich gemacht werden. Sowohl die äthiopische Zentralregierung als auch Diktator Afewerki bestreiten diese Entwicklung der Ereignisse bislang vehement, doch die Beweise für eine militärische Präsenz eritreischer Truppen in Tigray werden immer erdrückender.

Die wichtigsten Eckpunkte des Tigray-Konflikts

– Die Regionalregierung der nordäthiopischen Provinz Tigray wurde von der ehemaligen Regierungspartei TPLF gestellt.

Als Premier Abiy Ahmed die landesweiten Wahlen aufgrund der Covid-19-Pandemie verschob, führte die TPLF am 9. September 2020 eigene Wahlen durch. Bei einer angeblichen Wahlbeteiligung von 98 Prozent reklamierte die Partei alle bis auf einen Sitz im Regionalparlament für sich.

– Darüber hinaus demonstrierte Premier Abiy Ahmed seine Macht dadurch, dass er sich im Sommer 2020 gemeinsam mit dem eritreischen Diktator Isaias Afewerki im berühmten Militärausbildungslager Sawa (Eritrea) und im Oktober 2020 am Hauptstützpunkt der äthiopischen Streitkräfte in Bishawto ablichten liess.

– Mit einer Währungsreform versuchte Abiy Ahmed im September 2020 überdies, die in weiten Teilen der äthiopischen Bevölkerung als korrupt verschriene TPLF-Regionalregierung in die Knie zu zwingen.

– Ende Oktober wurden diverse, bis dato umstrittene Flugbewegungen über dem Tigray-Gebiet registriert. Inwieweit die Zentralregierung den Militärschlag im Norden des Landes vorbereitet hat,

hängt von der jeweiligen Darstellung der Ereignisse ab.

– Am 3. November griffen angebliche TPLF-Milizen einen Militärstützpunkt der äthiopischen Streitkräfte an, ermordeten zahlreiche Soldaten und hielten weitere 5000 Mann als Geiseln fest.



Fortsetzung Seite 2

- Dies war der Startschuss zur militärischen Offensive der Regierungstruppen gegen die der Regionalregierung gegenüber loyalen TPLF-Truppen. Die Offensive vom 4. November 2020 erfolgte aus mehreren Richtungen, u.a. auch von nördlicher, also eritreischer Seite her.
- Eine unabhängige Berichterstattung zum Krieg sowie über ein gleichzeitiges Massaker an Angehörigen der amharischen Ethnie in Mai Khadra wurde dadurch verunmöglicht, dass Abiy Ahmed wochenlang eine totale Internet- und Telefonsperre über ganz Tigray verhängte und JournalistInnen die Einreise ins Kriegsgebiet untersagte.
- Einen Monat später, im Dezember 2020 und nach der Bombardierung der Provinzhauptstadt Mekele, erklärte Premier Abiy Ahmed den Militäreinsatz für beendet. Die Mission (nämlich die TPLF-Spitze zur Rechenschaft zu ziehen) sei erfolgreich gewesen, liess er verlauten. Zivile Opfer und die Teilnahme eritreischer Truppen am Krieg streitet er vehement ab.

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich.

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Mitarbeit: Jenny Heeb, Eritreischer Medienbund, Friedensgutachten 2020, Markus Heiniger, Valentina Maggioni, Francine Perret, Marionna Schlatter, Syrian Network for Human Rights, Andreas Zumach.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Titel: EMB; Seite 2/3: KDV/AP; Seite 5: Amnesty; Seite 7: Kichka; Seite 13: UNO; Seite 24: WHI; Seite 25: Karin Scheidegger; Seite 26: Peace Counts; Seite 28: sn4hr; Seite 32: SFR.

Druck: Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: 2000 Ex., März 2021

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492

- Gemäss UNHCR-Angaben haben sich rund 50'000 Menschen aus dem Tigray-Gebiet in überfüllte Flüchtlingslager im Sudan begeben. Innerhalb von Tigray bleibt die Lage unübersichtlich und die Nahrungs- und Wasserversorgung prekär. Wie viele ZivilistInnen den Angriffen zum Opfer gefallen sind und wer für die diversen, oft ethnisch motivierten Massaker verantwortlich zeichnet, bleibt bis heute ungeklärt.
- Gemäss eigenen Angaben haben sich die TPLF-Milizen in die Berge zurückgezogen. Von da aus liefern sie sich weiterhin Kämpfe mit Angehörigen der äthiopischen und eritreischen Streitkräfte. Letztere werden für zahlreiche Plünderungen, Morde und Entführungen verantwortlich gemacht. Die wichtigsten Exponenten der TPLF-Regionalregierung sind weiterhin auf freiem Fuss, während andere, darunter der ehemalige Aussenminister, getötet oder festgenommen worden sind.
- In der Region Tigray halten sich besonders viele eritreische Flüchtlinge auf, die ihr Land aufgrund von politischer Verfolgung und/oder des unbegrenzten Militärdienstes verlassen haben. Das UNHCR schätzt deren Zahl gegenwärtig auf knapp 100'000 Personen.

Die Rolle Eritreas im Tigray-Konflikt

Nachdem sie 1991 gemeinsam die kommunistische DERG-Regierung aus Äthiopiens Hauptstadt Addis Abeba vertrieben und sich Eritrea 1993 für unabhängig erklärt hatte, führten Eritreas Machthaber Isaias Afewerki und Äthiopiens Regierung unter dem aus Tigray stammenden TPLF-Führer Melles Zenawi zwischen 1998 und 2000 einen blutigen Grenzkrieg, gefolgt von einer über zwei Jahrzehnte dauernden «no peace/no war»-Situation mit Truppenpräsenz an der gemeinsamen Grenze.

Diese Pattsituation wurde mit dem Friedensabkommen 2018 zwar beendet, doch bereits im April 2019 hatte Eritrea die Grenze zum Tigray-Gebiet aufgrund eines massiven Exodus (ca. 50'000 Personen) einseitig wieder geschlossen. Die Geschichte der ehemaligen Waffenbrüder führt bis heute zu einer erbitterten Erbfeindschaft zwischen der eritreischen Regierung und der TPLF.

Gegenwärtig halten sich nicht weniger als 96'000 eritreische Flüchtlinge im Tigray-Gebiet auf, wie Angaben des UNHCR aus den Flüchtlingslagern May Aini, Hintsats, Shimelba und Adi Harush zu entnehmen ist. Dies macht eine

Beteiligung Eritreas am aktuellen Konflikt höchst problematisch. Wenn Isaias Afewerki Streitkräfte die äthiopischen Truppen im Tigray-Gebiet unterstützen, haben sie gleichzeitig ungehinderten Zugriff auf die vor der eigenen Regierung geflohenen EritreerInnen in den Flüchtlingslagern.

Die Präsenz von eritreischen Truppen in Tigray wird von der eritreischen und der äthiopischen Regierung vehement bestritten, doch werden die Beweise, dass eritreische Soldaten für Vergewaltigungen, Plünderungen und Morde an ZivilistInnen, aber auch für Entführungen von Landsleuten aus den Flüchtlingslagern verantwortlich sind, immer erdrückender. Am 11. Dezember sagte der Leiter des UNO-Flüchtlingshilfswerks, er habe im vergangenen Monat eine «überwältigende Anzahl» von Berichten über eritreische Geflüchtete in Tigray erhalten, die getötet, entführt oder gewaltsam nach Eritrea zurückgebracht worden seien.

Die Folgen des Krieges

- Flüchtlingskrise: Um die 50'000 Menschen aus der Region Tigray sind in den Sudan geflüchtet, um die 100'000 eritreische Geflüchtete befinden sich in Tigray in einer prekären Lage.
- Humanitäre Krise: Seit Beginn der Militäroperation Anfang November 2020 hat die Zentralregierung die gesamte Region Tigray mit einer totalen Telefon- und Internetsperre belegt. JournalistInnen hatten wochenlang keinen



Ein Tigray-Mädchen sitzt auf einem Hügel mit Blick auf das die vor dem Konflikt in der Region Tigray in Ä



Zugang zum Kriegsgebiet. Geschätzte zwei Millionen Menschen haben keinen Zugang zu Lebensmitteln, Wasser oder Sicherheit, 650'000 von ihnen gelten als intern Vertriebene (IDPs). Abiy Ahmeds Regierung hat den Zugang nach Tigray auch für UNO-Agenturen und Menschenrechtsorganisationen stark eingeschränkt. Hilfswerke und ExpertInnen werfen der Zentralregierung vor, Hunger als Waffe gegen die Zivilbevölkerung in Tigray einzusetzen.

– Destabilisierung und Internationalisierung des Konflikts: Trotz Premier Abiys Beteuerungen sind die Kämpfe im Tigray-Gebiet nicht beendet. Wer momentan die Kontrolle über das Gebiet hat, bleibt völlig unklar. Zudem scheinen sich weiterhin eritreische Streitkräfte in Tigray aufzuhalten. Hinzu kommen Auseinandersetzungen an der Grenze zum Sudan und ethnische Unruhen in anderen Landesteilen Äthiopiens.



Flüchtlingslager Umm Rakouba, das Menschen beherbergt, die aus Äthiopien geflohen sind, in Qadarif, Ostsudan.

Wie sind EritreerInnen vom Krieg betroffen?

Eritreische Geflüchtete in Tigray

Zu den Zielorten der Militäroperationen gehören vier grosse Lager in Tigray, in denen 100'000 Flüchtlinge aus Eritrea unter internationalem Schutz untergebracht waren und sind. Es wird geschätzt, dass Tausende Geflüchteter von eritreischen Truppen entführt und gewaltsam nach Eritrea zurückgebracht worden sind. Die Entführten wurden gezwungen, sich an den Kämpfen gegen die lokale Bevölkerung zu beteiligen. Andere wurden getötet oder flohen aus den Lagern. Zwei Lager, Adi Harush und May Aini, erhielten am 27. Dezember die erste Nahrungsmittelhilfe vom Welternährungsprogramm. Die anderen Lager, Shemelba und Hint-sats, haben seit drei Monaten keine Nahrungsmittel mehr erhalten.

Eritreische Geflüchtete, die aus Tigray in die Hauptstadt Addis Abeba geflohen sind, wurden verhaftet und zwangsweise in die Flüchtlingslager nach Tigray zurückgebracht, obwohl es in diesen Lagern an Sicherheit sowie an Nahrung mangelt und eine Zwangsabschiebung nach Eritrea droht. Das UNO-Flüchtlingshilfswerk äusserte Besorgnis, da die äthiopische Regierung ihr keinen Zugang zu den Flüchtlingslagern in Tigray ermöglicht.

EritreerInnen in Eritrea

Im November wurden drei Missile-Angriffe in Eritrea gemeldet. Zu Beginn des Krieges gab es zahlreiche Berichte, dass wehrpflichtige EritreerInnen zusammengetrieben werden.

EritreerInnen in der Schweiz

Der Grossteil der EritreerInnen in der Schweiz hat Verwandte in Tigray, da in der Grenzregion viele eritreische Geflüchtete leben. Zu ihren Verwandten können sie keinen Kontakt aufnehmen, da die Telefon- und Internetverbindung in der Region unterbrochen wurde. Sie können sich nicht über den aktuellen Zustand informieren und die Meldungen über die Zwangsentführungen und -einberufungen sind sehr besorgniserregend. EritreerInnen in der Schweiz, wie etwa der EMBS-Mediensprecher Okbaab Tesfamariam, sorgen sich zudem um ihre Verwandten in Eritrea. Es gab Berichte von Angehörigen, die im Krieg kämpfen mussten und verletzt wurden.

Editorial

Die Demokratie bleibt eine Baustelle

Dieses Jahr wird ein wenig ruhmreiches Jubiläum in der Geschichte der Schweiz gefeiert: Vor 50 Jahren befand die Mehrheit der Schweizer Männer, die Schweizer Frauen sollten das Stimmrecht auf der Ebene des Bundes erhalten. Erstaunlich finde ich, wie wenig dies Anlass für grundsätzliche Überlegungen zum Wesen unserer Demokratie ist.

So ist das Stimmrecht immer noch an das Bürgerrecht gebunden (mit wenigen Ausnahmen in Kantonen und Gemeinden), weshalb ein erheblicher Teil der Bevölkerung zwar mit ihrer Arbeit zum Wohlstand des Landes und mit ihren Steuern zu den Staatseinnahmen beiträgt, aber von der Mitbestimmung über deren Verwendung ausgeschlossen bleibt. Der Grundsatz, dass jene, die zum Gemeinwesen beitragen, auch bei seiner Ausgestaltung mitbestimmen können sollten, gilt in der Schweiz nicht. Diese Lücke könnte mit der Erweiterung des Stimmrechts auf die in der Schweiz Ansässigen geschlossen werden. Umstritten ist auch, ab welchem Alter das Stimmrecht gelten soll. Die Idee des Stimmrechtsalters 0 ist völlig aus den Diskussionen verschwunden.

Das Dreieck Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte ist in der Schweiz institutionell nicht ausgebaut und unter dem Druck des Rechtspopulismus stark in Schieflage geraten. Von einem demokratischen Rechtsstaat ist die Schweiz noch weit entfernt. So fehlt eine Verfassungsgerichtsbarkeit. Die Zulässigkeit von Volksinitiativen wird von den Eidgenössischen Räten beurteilt, also nach politischen Opportunitäten statt nach den gesetzlichen Kriterien, was unter dem Druck der SVP zur Zulassung mehrerer völkerrechtswidriger Initiativen geführt hat.

Ebenso fehlen fast völlig gesetzliche Rahmenbedingungen für die Finanzierung von Parteien und Abstimmungskomitees sowie Transparenzvorschriften für deren Einnahmen (womit die Schweiz gegen die von ihr ratifizierte Strafrechtskonvention des Europarates gegen Korruption verstösst). Immerhin ist nun die «Transparenzinitiative» unterwegs.

Wie allergisch die herrschenden Kreise in diesem Land auf gelebte Demokratie reagieren, hat der Ausgang der Konzernverantwortungsinitiative gezeigt, auf Grund dessen nun NGOs staatliche Mittel entzogen werden sollen. Die Demokratie ist wirklich eine Baustelle.

Ruedi Tobler

... ohne dabei das Gesicht zu verlieren

Die Äthiopien- und Eritrea-Politik der Schweizer Migrationsbehörden ist gescheitert. Trotz erhöhter Rückkehrhilfersprechen etwa im Kanton Bern (Februar 2020) kehren abgewiesene EritreerInnen nicht – wie vom Staatssekretariat für Migration (SEM) und vom Bundesverwaltungsgericht als «möglich, zumutbar und zulässig» erachtet – in ihre Heimat zurück. Und trotz eines Rückübernahmeabkommens, das die EU und die Schweiz mit Äthiopien geschlossen haben, konnten seit dem Machtantritt von Premier Abiy Ahmed im April 2018 erst eine Handvoll Personen zwangsweise nach Äthiopien zurückgeführt werden.

Während die Menschenrechtslage in Eritrea trotz Friedensschluss mit Äthiopien unverändert schlecht blieb, hat auch die Situation beim grossen Nachbarn Äthiopien nicht das gebracht, was sich das SEM und das Bundesverwaltungsgericht erhofften. Im Norden des Landes herrscht jetzt Krieg – laut Premier Abiy zeitlich begrenzt und zielgerichtet zwar, aber unter Miteinbezug des Diktators aus Eritreas Hauptstadt Asmara, der die abtrünnigen Tigray-Milizen vom Norden her angreifen lässt. Und von wem? Von in landesweiten Razzien eiligst auf Lastwagen zusammengetriebenen eritreischen Jugendlichen, einige davon erst 14 oder 15 Jahre alt, die nun als Kanonenfutter vor den äthiopischen Truppen her in Richtung Grenze getrieben werden.

Abiy Ahmeds Beteuerungen von einem raschen und sauberen Krieg haben mit diesem unseligen Pakt viel an Glaubwürdigkeit verloren. Zum einen werden sich die Tigray-Milizen nach der Einnahme der Provinzhauptstadt

Mekele mit hoher Wahrscheinlichkeit in die umliegenden Berge zurückziehen, um von dort aus einen möglicherweise monate- oder jahrelangen Guerillakrieg zu führen; andererseits halten sich im Tigray-Gebiet selbst 100'000 eritreische Flüchtlinge auf, die nun zwischen die Fronten geraten sind.

Erste Berichte über Entführungen aus den dortigen UNHCR-Flüchtlingslagern durch eritreische Milizen sind bereits laut geworden. Ausserdem hat das UNHCR seit Beginn der äthiopischen Offensive keine Nachrichten mehr von diesen Flüchtlingen erhalten und konnte sie nicht versorgen. Die UNO hat immer noch keinen Zugang zur Tigray-Region, obwohl Anfang Dezember ein Abkommen mit Äthiopien getroffen wurde.

Was wird Premier Abiy mit diesen Flüchtlingen anfangen? Sämtliche eritreische Oppositionsgruppen hat er bereits aus Äthiopien verbannt, wie es Diktator Isaias Afewerki verlangt hat. Wird Abiy ihm in einem weiteren Schritt – quasi als Dank für dessen Kooperation gegen die Tigraytruppen – nun auch noch die eritreischen Flüchtlinge zur freien Verfügung überlassen?

Wie gedenkt der Träger des Friedensnobelpreises aus dieser Zwickmühle wieder herauszukommen? Und wie werden sich die übrigen Volksgruppen im Vielvölkerstaat Äthiopien positionieren? Sind ihre Forderungen nach Autonomie und Selbstbestimmung verstummt, nun da ihre Anführer «der Einheit zuliebe» grösstenteils im Gefängnis sitzen bzw. unter Hausarrest gestellt wurden? Oder wird man in nicht allzu ferner Zukunft nochmals auf die halb verhungerten Truppen des Diktators aus Asmara angewiesen sein, um beispielsweise Oro-

mo-Aufständische im Süden des Landes unter Kontrolle zu bringen?

Und wie positioniert sich die Schweiz in diesem undurchsichtigen Spiel um Macht und Einfluss am Horn von Afrika? Ihre Migrationsbehörden inklusive das Bundesverwaltungsgericht tun so, als ob nichts geschehen wäre. Weiterhin werden Asylbeschwerden von äthiopischen Oromos – auch wenn sie glaubhaft politische Verfolgung geltend machen können – als aussichtslos abgeschmettert, Härtefallgesuche von EritreerInnen werden trotz Stellenzusagen ohne weitere Begründung formlos abgeschrieben.

Wie lange will man diese Vogel-Strauss-Politik noch weiterführen und dabei die Zukunft unzähliger junger und gesunder Menschen ruinieren? Wäre nicht jetzt der Zeitpunkt gekommen, um den Aufenthalt dieser Menschen, welche in den Jahren 2014 bis 2016 aus Äthiopien und Eritrea zu uns kamen, endlich zu regularisieren und wiedererwägungsweise festzustellen, dass eine Heimkehr derzeit nicht zumutbar ist?

Die Menschenrechtslage und die katastrophalen Lebensbedingungen in Eritrea werden sich nicht verbessern, solange Diktator Afewerki an der Macht ist. Die Schweiz kann nun weiter abwarten und zusehen, während die Betroffenen derweil unter menschenunwürdigen Bedingungen im Nothilfesystem gefangen bleiben. Jetzt ist der Moment gekommen, um ihren Aufenthalt zu legalisieren, und das wäre für das SEM und das Bundesverwaltungsgericht nicht einmal mit einem Gesichtsverlust verbunden! Die Eskalation im Norden Äthiopiens ist völlig unberechenbar geworden: ein absolut ausschlaggebendes Argument für einen solchen Schritt. Kaum jemand wird dies bestreiten.

Nein. Niemand braucht das Gesicht zu verlieren, wenn in einem Akt der Menschlichkeit unzähligen jungen Menschen mittels einer realitätsbezogenen Praxisanpassung endlich die Chance gegeben würde, ihre angefangenen Berufsausbildungen in der Schweiz abzuschliessen.

Dieser Aufruf wurde von uns leicht gekürzt. Neben vielen anderen Organisationen wurde er auch vom Schweizerischen Friedensrat unterzeichnet.



Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Am 28. und 29. November 2020 töteten Angehörige der eritreischen Streitkräfte im äthiopischen Bundesstaat Tigray systematisch Hunderte von unbewaffneten Zivilpersonen. Sie eröffneten in den Strassen der Stadt Axum das Feuer und durchkämmten ein Haus nach dem anderen – ein Massaker, das mutmasslich einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleichkommt. Zu diesem Ergebnis kommt Amnesty International in einem neuen Bericht.

/ Amnesty International Schweiz /

Die Menschenrechtsorganisation sprach mit 41 Überlebenden und AugenzeugInnen. Diese berichteten übereinstimmend von aussergerichtlichen Hinrichtungen, wahllosem Beschuss und Massenplünderungen nach einer Offensive durch äthiopische und eritreische Truppen. Diese hatten die Stadt Axum Mitte November angegriffen, um sie von den Milizen der Volksbefreiungsfront von Tigray (Tigray People's Liberation Front, TPLF) zurückzuerobern.

Die Auswertung von Satellitenbildern durch das Crisis Evidence Lab von Amnesty International bestätigt Berichte über wahllosen Beschuss und Massenplünderungen. Ausserdem zeigen die Bilder Bodenveränderungen, die auf neue Massengräber in der Nähe von zwei Kirchen der Stadt hinweisen. «Die Beweise sind überzeugend und legen eine erschreckende Schlussfolgerung nahe. Äthiopische und eritreische Truppen verübten bei ihrer Offensive zur Rückeroberung von Axum mehrere Kriegsverbrechen. Eritreische Soldaten randalierten und töteten systematisch und kaltblütig Hunderte von Zivilpersonen», so Deprose Muchena, Regionaldirektor für das östliche und südliche Afrika bei Amnesty International.

Gross angelegte Militäroffensive

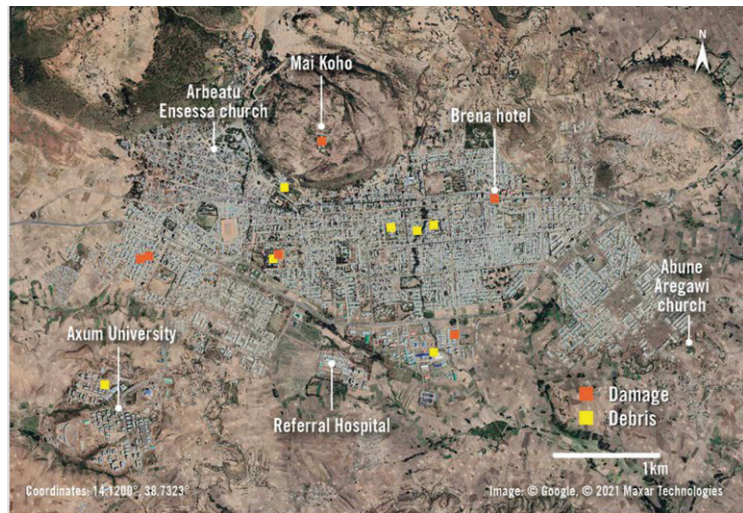
Am 19. November 2020 nahmen äthiopische und eritreische Streitkräfte in einer gross angelegten Offensive die Stadt Axum ein. Mittels wahlloser Bombardierungen und Beschuss töteten und vertrieben sie zahlreiche ZivilistInnen. In den folgenden neun Tagen beging das

eritreische Militär Massenplünderungen und aussergerichtliche Hinrichtungen.

Die ZeugInnen konnten die Angehörigen der eritreischen Streitkräfte leicht identifizieren. Sie fuhren Fahrzeuge mit eritreischen Nummernschildern, trugen unverwechselbare Tarnkleidung und Schuhe, die von den eritreischen Streitkräften verwendet werden. Ausserdem sprachen sie Arabisch oder einen Tigrinya-Dialekt, der in Äthiopien nicht gesprochen wird. Einige trugen die rituellen Gesichtsnarben der ethnischen Gemeinschaft der Ben Amir, die in Äthiopien nicht vertreten ist. Schliesslich machten einige der Soldaten keinen Hehl aus ihrer Identität und sagten den AnwohnerInnen offen, dass sie Eritreer seien.

«Wir sahen nur Tote und weinende Menschen»

ZeugInnen zufolge verübten die eritreischen Streitkräfte die schlimmsten Gewalttaten am 28. und 29. November 2020. Der Angriff erfolgte unmittelbar, nachdem eine kleine Gruppe von TPLF-Milizionären am Morgen des 28. November einen Militärstützpunkt auf dem Berg Mai Koho angegriffen hatte, der in unmittelbarer Nähe von Axum liegt. Die Milizionäre waren mit Gewehren bewaffnet und wurden von AnwohnerInnen mit improvisierten Waffen wie Stöcken, Messern und Steinen unterstützt.



Ein Überblick über Axum zeigt die durch die Bombardierung und Luftangriffe beschädigten Strukturen in der Stadt (durch orangefarbene Markierungen gekennzeichnet). Bereiche mit erheblichen Trümmern, die wahrscheinlich auf Plünderungen zurückzuführen sind, werden durch gelbe Markierungen angezeigt.

In einem Video, das am Morgen des 28. November von unterschiedlichen Orten am Fusse des Berges aufgenommen wurde, sind anhaltende Schüsse zu hören. Überlebende und AugenzeugInnen berichteten, dass die eritreischen Streitkräfte ab etwa 16 Uhr begonnen hätten, vorsätzlich auf Zivilpersonen zu schießen. Die BewohnerInnen gaben an, dass die Opfer unbewaffnet gewesen und viele von ihnen auf der Flucht vor den Soldaten erschossen worden seien. Nach den Tötungen waren die gepflasterten Strassen und Plätze von Axum mit Leichen übersät.

Am nächsten Tag schossen die eritreischen Soldaten auf alle, die versuchten, die Getöteten zu bergen. Ausserdem durchsuchten die Soldaten weiter die Häuser. Sie jagten und töteten Männer und Jugendliche, aber auch eine kleinere Anzahl von Frauen. Amnesty International hat die Namen von mehr als 240 Opfern zusammengetragen. Zwar konnte Amnesty die Gesamtzahl der Todesopfer nicht verifizieren, doch legen übereinstimmende Zeugenaussagen und eine Reihe überzeugender Indizien nahe, dass Hunderte EinwohnerInnen von Axum getötet wurden.

Täglich veröffentlicht das Europe External Programme with Africa (EEPA) einen Bericht zur Situation in der Kriegsregion. Alle Berichte finden sich unter https://www.eepa.be/?page_id=4237.